

16. Februar 2026

Sehr geehrte Frau Präsidentin Ursula von der Leyen,

Sehr geehrter Herr Kommissar Magnus Brunner,

Sehr geehrte Frau Beate Gminder,

Sehr geehrter Herr Dr. Jonas Grimheden,

gemeinsam mit den Vorstandsmitgliedern des Vereins Flüchtlingshilfe refugee assistance Doro Blancke, wende ich mich als Geschäftsführerin mit äußerster Dringlichkeit an Sie.

Das unfassbare mutmaßliche Bootsverbrechen vor der griechischen Insel Chios, bei dem mindestens 15 Geflüchtete – darunter Frauen und Kinder – ums Leben kamen, weitere Menschen noch vermisst werden und etliche schwer verletzt sind, reiht sich ein in eine lange Serie schwerster Menschenrechtsverletzungen in der Ägäis. Alle, die sich seit Jahren mit der Situation an den europäischen Außengrenzen befassen, wissen um den systematischen Rechtsbruch, insbesondere durch Einheiten der Hellenic Coast Guard (HCG).

Die bekannt gewordenen Informationen deuten auf eine absichtliche Zerstörung des Flüchtlingsbootes hin. Diese Vorgehensweise verletzt Völkerrecht, Menschenrechte, das Recht auf Leben, EU-Recht sowie Einsatzregeln.

Das Massengrab von Pylos mit über 600 Toten steht exemplarisch für das vollständige Versagen rechtsstaatlicher Kontrolle. Internationale Konventionen, europäisches Recht und grundlegende Menschenrechte werden ignoriert – die Ägäis erscheint zunehmend als rechtsfreier Raum.

Besonders alarmierend zum Vorfall in Chios sind in diesem Zusammenhang die Aussagen behandelnder Ärzt:innen und Pflegepersonals, die die geborgenen Leichen und Überlebenden untersucht haben, sie pflegen.

<https://thepressproject.gr/exclusive-survivors-told-health-workers-the-coast-guard-rammed-them-in-deadly-shipwreck/>

Viele weitere mediale Berichte lassen einen massiven, völlig inakzeptablen Rechtsbruch vermuten.

Überlebende berichten, dass die Hellenic Coast Guard weder ein Signal noch eine Warnung zum Anhalten gegeben hätte.

Die Verletzten beschreiben, dass das Boot mit den Geflüchteten sehr nahe an der Küste war, sprich bereits in griechischen Gewässern und sehr langsam fuhr. Plötzlich fuhr das Schiff der Küstenwache auf sie zu und rammte es „...passed over them...“

<https://www.stonisi.gr/post/104749/katarreei-to-afhghma-toy-limenikoy-leei-h-nea-aristera>

In einem YouTube-Video stellt eine Angestellten des Krankenhauses/Chios fest, dass sie es diesmal, zum Unterschied von anderen Bootsunglücken nicht mit Ertrunkenen zu tun hätten, sondern mit Schwerverletzten und verstümmelten Körpern. Bei den Überlebenden erforderte dies Notoperationen wie nach einem schweren Verkehrsunfall.

Letztendlich mussten schwerverletzte Kinder mit ihren Familien in ein Spital nach Athen geflogen werden.

<https://www.youtube.com/watch?v=VVnz8GFs5iM>

Völlig unverständlich ist es, dass wie so oft bei solchen Vorfällen, die Kamera am Schiff der HCG ausgeschalten war.

Dies bestätigt auch der griechische Minister Vassilis Kikilias.

Bereits 2023 gab es auf Chios einen ähnlichen Vorfall, auch hier waren die Kameras ausgeschalten. Ein Mann kam durch seinen zertrümmerten Brustkorb zu Tode.

<https://www.news247.gr/magazine/reportage/ena-skismeno-fouskoto-sti-xio-to-2023-enas-nekros-kai-monima-kleistos-kameras/>

Auch UNHCR fordert in einer Presseaussendung klare Antworten, eine umfassende Aufklärung des Vorfalls.

„Leider handle es sich dabei nicht um einen Einzelfall. 3148 Menschen seien seit 2015 in der Ägäis gestorben oder werden immer noch vermisst. Die Organisation betont, dass solche Tragödien vermeidbar wären.“

<https://www.unhcr.org/de/news/aktuelle-meldungen/unhcr-tief-betroffen-ueber-erneute-tragoedie-auf-dem-mittelmeer>

Sehr geehrte Damen und Herren, sollten sich die zahlreichen Hinweise bestätigen, handelt es sich nicht um ein Unglück, sondern um ein schweres Gewaltverbrechen mit staatlicher Beteiligung.

Wir fordern daher mit aller Deutlichkeit:

1. Eine sofortige, unabhängige, umfassende und nachhaltige Aufklärung der Ereignisse vor Chios.
2. Die umgehende Suspendierung aller zum Zeitpunkt des Vorfalls eingesetzten Beteiligten der Hellenic Coast Guard, bis die Ermittlungen abgeschlossen sind.
3. Die Einleitung strafrechtlicher Verfahren, sofern sich ein Fehlverhalten oder Verbrechen seitens der Beamten bestätigt.
4. Die vollständige rechtliche Verantwortung aller Beteiligten, ohne politische oder institutionelle Schutzmechanismen.
5. Umfassende medizinische, psychologische und soziale Betreuung der Überlebenden, finanziert und garantiert durch die zuständigen staatlichen Stellen.
6. Bei Feststellung eines Rechtsbruchs, Entschädigung für die Opfer und die Familien der Toten.

Europa kann seine eigenen Werte, seine Rechtsordnung und seine Glaubwürdigkeit nur bewahren, wenn Menschenrechte auch an den Außengrenzen uneingeschränkt gelten. Alles andere untergräbt das Fundament der Europäischen Union – im Namen aller Europäerinnen und Europäer.

Wir erwarten von Ihnen unverzügliches Handeln und danken Ihnen für Ihre dringend notwendigen Bemühungen.

Mit Nachdruck und in tiefer Sorge,



Dorothea Blancke, GFin

Vorstandsmitglieder:

Dlin Heidrun Primas

Mag.a Birgit Hernady

Dr. (iur.) Rainer Beck

Dr.in Katharina Purtscher

Univ.-Prof. i.R. Mag. Dr. Wolfgang Benedek

Bischof MMag. Hermann Glettler